

Aktionsplan Energiepreise

Nachhilfe für die Bundesregierung

verantwortlich: Heidi Reichinnek, MdB

16. September 2026



Auf Monate der kollektiven Arbeitsverweigerung der Bundesregierung gegen die Spritpreisabzocke folgt nun erneutes, substanzloses Vorschlagschaos. Nutznießerinnen der 12-Uhr-Regel und des Tankrabatts waren vor allem die Ölkonzerne. Eine Mehrwertsteuersenkung, wie aktuell von Thorsten Frei ins Spiel gebracht, wäre nur eine Neuauflage des gescheiterten Tankrabatts und letztlich eine erneute Verschiebung von Steuergeld an die Ölkonzerne. Dabei zeigen uns Länder wie Belgien und Luxemburg, wie ohne neue Kosten für die öffentliche Hand gegen die Abzocke der Konzerne vorgegangen werden kann.

Wir fordern die Bundesregierung auf, folgende Maßnahmen umzusetzen:

1) **Energiekrisengeld**

Neben einem jährlichen Klimageld von circa 320 Euro fordern wir, so schnell wie möglich ein Energiekrisengeld in Höhe von 150 Euro an alle Bürger:innen auszus zahlen. Dies würde die größte Not sofort lindern. Die Auszahlung sollte im Rahmen der Steuererklärung als zusätzliches Einkommen gewertet werden. Die, die am wenigsten haben und nicht steuerpflichtig sind, würden entsprechend am meisten profitieren.

2) **Übergewinnsteuer**

Wir fordern, nach Vorbild der wirksamen Regelung von 2022, Übergewinne per Gesetz abzuschöpfen. Dabei sollte ein erhöhter Steuersatz von 50 Prozent angesetzt werden. Große Teile des leistungslos in die Taschen der Ölkonzerne geflossenen Geldes können so für die Allgemeinheit zurückgeholt werden. Rechtliche Zweifel, vor allem von der CDU und CDU-nahen Kreisen gestreut, erscheinen in erster Linie politisch motiviert, um Renditen der betroffenen Konzerne zu schützen. Eine europäische Lösung für eine gemeinsame Übergewinnsteuer wäre wünschenswert, eine Einigung ist aber nicht zu erwarten. Sie kann politisches Handeln auf nationaler Ebene nicht ersetzen.

3) **Gewinnmargenbegrenzung**

Die Ölkonzerne bereichern sich schamlos an der aktuellen Weltlage. Es reicht nicht aus, die Machenschaften der Konzerne lediglich zu beklagen, sie müssen in ihre Schranken gewiesen werden. Der beste Weg dafür ist, die Profite der

Konzerne gesetzlich zu beschränken. Dies gelingt mit einer Begrenzung der Gewinnmargen entlang der gesamten Lieferkette – ähnlich wie es Belgien seit den 1970er Jahren macht. Eine solche wäre unmittelbar wirksam und würde die Menschen und die Wirtschaft entlasten. Die Abzocke der Konzerne wäre beendet.

Zum linken Nachhilfeplan für die Bundesregierung erklärt Heidi Reichinnek, Vorsitzende der Fraktion Die Linke im Bundestag:

„Dass Friedrich Merz ausgerechnet vor zwei wichtigen Landtagswahlen ankündigt etwas gegen die hohen Spritpreise tun zu wollen, zeigt eines ganz deutlich: Es geht ihm nicht um die Menschen, die inzwischen seit Monaten unter den Spritpreisen leiden, sondern um das Wahlergebnis seiner Partei und letztlich um seine eigene Haut. Dass er aber nicht mal jetzt einen konkreten Vorschlag präsentiert, sondern erneut eine fröhliche koalitionsinterne Debatte lostritt, die wie üblich bei der Regierung Merz über die Öffentlichkeit ausgetragen wird, verdeutlicht, wie weit er von den Alltagssorgen der Menschen entfernt ist. Das Problem der viel zu hohen Spritpreise existiert seit Monaten und seit Monaten liegen Vorschläge auf dem Tisch. Es braucht eine Übergewinnsteuer, damit sich die dreiste Abzocke der fossilen Energiekonzerne nicht mehr lohnt. Darüber lässt sich ein Energiekrisengeld finanzieren, das direkt bei den Leuten ankommt. Gleichzeitig müssen die Spritpreise gedeckelt werden - aber nicht durch steuerliche Subventionen, sondern einen Gewinnmargendeckel. Es muss endlich Schluss damit sein, dass internationale Großkonzerne Menschen ausnehmen und sich an Staatshaushalten bereichern. Aber die Äußerungen von Merz, Reiche und Co. zeigen deutlich, dass die Gewinne der Ölkonzerne unangetastet bleiben sollen. So funktioniert keine echte Entlastung für die Mehrheit.“